

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0229) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Cornelia Sonntag MdB zu den vielfältigen Reaktionen auf den SPD-"Solidarpakt"-Vorschlag: Heilsame Unruhe breitet sich aus. Seite 1

Renate Schmidt MdB zu dringendem Klärungsbedarf im Freistaat Bayern: Was sind die Rechte, was die Pflichten. Seite 2

Rolf Linkohr MdEP zu einem Dringlichkeitsantrag im Europäischen Parlament: Das Bananen-Problem mit einem Dreiecks-Geschäft lösen. Seite 4

Christa Randzio-Plath MdEP zur Entscheidung der EG-Finanzminister, die Konvergenzprogramme bis 1996 auszuweiten: Nicht Panik, Koordination ist angesagt. Seite 5

Dokumentation

Zum 50. Jahrestag der Verhaftung von Mitgliedern der "Weißen Rose" hat die Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth eine Erklärung erarbeitet: "Nichts schadet der Demokratie mehr als Schweigen". Wortlaut Seite 6

48. Jahrgang / 33

17. Februar 1993

Heilsame Unruhe breitet sich aus Zu den vielfältigen Reaktionen auf den SPD-"Solidarpakt"-Vorschlag

Von Cornelia Sonntag MdB
Sprecherin des SPD-Parteivorstands

Es ist schon bemerkenswert, die ersten Kommentare politischer Organisationen wie auch einzelner Vertreter aus Wirtschaft, Verbänden und Gewerkschaften zu den Beschlüssen des SPD-Parteivorstandes in Sachen "Solidarpakt" Revue passieren zu lassen. Die festgefahrenen Linien, die mittlerweile angegriffenen Floskeln, die in den vergangenen Wochen die Diskussion um das "Föderale Konsolidierungsprogramm" prägten, sind aufgebrochen und durcheinandergewirbelt. Obwohl ja die Grundforderungen der SPD wahrhaftig nicht frisch erfunden, sondern seit Monaten in vielen Verlautbarungen und schließlich ja auch im Sofortprogramm geäußert und niedergeschrieben worden sind - plötzlich setzen sich berufene und unberufene Kommentatoren damit auseinander, wägen ab, kritisieren, begrüßen. Heilsame Unruhe breitet sich aus. Es liegt eben jetzt etwas anderes auf dem Tisch als das dürre Finanzierungsinstrumentarium des Theo Waigel. Etwas, das den Begriff "Solidarpakt" wörtlich nimmt, politische Botschaften übermittelt, ein deutliches Signal für den Aufbau Ost und die Bewegung West setzt und die soziale Balance herstellt.

Es war zu erwarten, daß konservative Nationalökonomien Schlimmes wittern, wenn neben einem strikten Spar- und Streichkonzept und griffigen Vorschlägen für den Abbau von Steuervergünstigungen auch Vorschläge für rasche Einnahmeverbesserungen genannt werden. Von "Gift für die Konjunktur" ist die Rede, von einem "Programm mit Schlagseite" (Die Welt), das "Schlimmes befürchten lasse" (CDU-Generalsekretär Peter Hintze). Hintze ist es übrigens auch, der sich darüber erregt, daß die SPD nicht denen ans Leder geht, die "durch Tricks unberechtigt Sozialleistungen kassieren." Das ist die Wiederaufnahme der Kanzler-These von der angeblich notwendigen Bekämpfung des "Wildwuchses" bei Sozialhilfe und Arbeitslosengeld. Die Tricks derjenigen freilich, die genug Schlupflöcher kennen, um Steuerzahlungen zu umgehen und Arbeitnehmer illegal zu beschäftigen, machen der Union offensichtlich keine Beschwerden. Stattdessen wird wieder einmal in den Stellungnahmen der CDU der Begriff vom "Sozialneid" bemüht, der die SPD angeblich plage - polemische Verdrehung der Bemühungen um die soziale Gerechtigkeit.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstalter Gruppe
mit recycelten Rohstoffen
Recycling-Papier



Aber es gibt andere, viel interessantere Reaktionen. Noch sind zwar die Süßmuths, Geißlers und Norbert Blüms, deren Liebäugeln mit der Forderung nach einer Arbeitsmarktabgabe man sattsam kennt, nicht aus der Reserve herausgetreten. Aber schnell und früh würdigte CDA-Hauptgeschäftsführer Franz Dornann die Beschlüsse der SPD und räumte ein, daß die "riesigen Infrastrukturaufgaben allein aus Steuermitteln nicht mehr zu bezahlen sind." Die "Frankfurter Rundschau" erkannte, daß die SPD richtig in ihrer schonungslosen Analyse liege. Zaudern, so resümiert der Autor, gehe nicht länger an, wenn der Aufbau Ost und die dringend nötige Belebung der Wirtschaft zu einem Zeitpunkt gelingen sollte, wo irreparable Schäden noch nicht eingetreten seien. "Das von Engholm offenbarte schreckliche Erwachen aus dem Traum der deutschen Einheit muß von den Herrschaften um Kohl und Graf Lambsdorff wohl noch nachgeholt werden." Einhelligen Beifall ertete das SPD-Konzept von den Gewerkschaften: "Deckungsgleich" seien entscheidende Positionen des SPD-Katalogs mit Vorstellungen des DGB, äußerte ein Sprecher. Die Bundesregierung müsse sich nun mit ihrem Föderalen Konsolidierungsprogramm ein "ganzes Stück weit auf die sozialdemokratische Alternative zubewegen, damit der Sozialpakt eine Chance hat." Und auch die DAG machte klar, daß ein Solidarpakt nur "bei gerechter Lastenverteilung" zustandekommen könne.

Entscheidend für die öffentliche Debatte ist nun, daß das Programm der SPD sorgfältig gelesen und nicht nur selektiv wahrgenommen wird. Dann wird jedermann klar, daß die zu bewältigenden Aufgaben in einem beträchtlichen Teil durch striktes Sparen und den Abbau von Steuerergünstigungen finanziert werden. Die SPD hat dazu viel umfangreichere Vorschläge gemacht als Theo Waigel mit seinem Programm. Und: Die SPD kommt ohne Schnitte in soziale Standards aus, sie schont zudem die empfindlichen Bereiche der Kohle und der Werften.

Im übrigen wissen Experten, daß die Ergänzungsabgabe keinesfalls die konjunkturendämpfende Wirkung hat, die manche Unkenrufer prophezeien. Vergessen wir nicht: Die Mehrzahl der Steuerzahler ist von dieser Regelung nicht betroffen! Oskar Lafontaine hat immer wieder erklärt, daß aus diesem Grunde die Nachfrage nicht spürbar zurückgehen wird. Allenfalls wirkt sich die Ergänzungsabgabe auf die Sparkonten aus. Mit anderen Worten: Zur Kasse gebeten werden diejenigen, die genug Geld auf die hohe Kante legen konnten, um jetzt vielleicht ein bißchen von der angehäuften Substanz abzuschöpfen. Ihr Konsumverhalten brauchen sie nicht zu ändern. Wer das nicht glauben will, werfe einen Blick über den großen Teich. Dort macht zur Zeit der neue Hoffnungsträger, Präsident Bill Clinton, den Bürgerinnen und Bürgern klar, daß die besser Betuchten stärkere Lasten tragen müssen, wenn das notwendige Reformwerk gelingen soll. Alle Bürger seien zur Mitwirkung aufgerufen - besonders aber die Wohlhabenden. 70 Prozent der höheren Steuern müßten von den Beziehern von Jahreseinkommen über 100.000 Dollar aufgebracht werden. Wer sich dem entgegenstelle, so der Präsident, gehöre zu den "Verteidigern des Niedergangs". Es lohnt sich, auch bei uns diese Formel aufzugreifen.

(-/17. Februar 1993/rs/fr)

Was sind die Rechte, was die Pflichten
Zu dringendem Klärungsbedarf im Freistaat Bayern

Von **Renate Schmidt MdB**
Vorsitzende der **Bayern SPD**
Vizepräsidentin des **Deutschen Bundestages**

"Bayern ist fortan ein Freistaat" proklamierte in der Nacht vom 7. zum 8. November 1918 die Revolutionsregierung unter Ministerpräsident Kurt Eisner von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Mit diesem Wort ist in den vergangenen 74 Jahren viel Schindluder getrieben worden: Der Begriff "Freistaat Bayern" wurde seinen republikanischen Urhebern von einer parteiischen Landesgeschichtsschreibung enteignet, nach 1957 zur Identitätsstiftung für eine damals noch geschichtslose Regionalpartei ausgebeutet, politfolkloristisch zum Postkartenmotiv von den Grenzübergängen nach Österreich und Preußen sowie zum Kischeebild eines halb-autonomen (Stammes)Volkes verkitscht.

All dies sind ärgerliche Fehlentwicklungen. Schwerer wiegen freilich die Tag für Tag sichtbarer werdenden Belege dafür, daß von seinen führenden, doch immer nur auf Zeit gewählten Repräsentanten der "Freistaat" als Pfründe mißbraucht und als "Frei-Staat" mißverstanden wird im Sinne des "Ich bin so frei" - gewissermaßen als vermeintlich "bayerische Art" des Handaufhaltens, Hinlangens und Zugreifens. A bisserl was geht alleweil...

Vor den Augen einer immer noch staunenden deutschen Öffentlichkeit tut sich das Bild von einer Polit-Klasse im Selbstbedienungsrusch auf, der in der Folge jahrzehntelanger Alleinherrschaft allem Anschein nach der Maßstab dafür abhanden gekommen ist, was des Staates, was der Parteien, was der Wirtschaft und was nicht des Staates, nicht der Parteien, nicht der Wirtschaft, was rechtens und was falsch ist. Zahlungskräftige Gönner für empfängliche Politiker lassen die Staatsregierung zum Produkt eigennützigem Polit-Sponsorings und die Chancengleichheit der im Wettbewerb stehenden Parteien zum hehren Postulat für das Sozialkundeheft verkommen, die Staatskanzlei wird als Mitflug- und Mitfahrzentrale zweckentfremdet, das Staatsministerium des Inneren zur Postversandstelle und zum Kostenträger für Eilbriefe des stellvertretenden CSU-Vorsitzenden an seine "lieben Parteifreunde" in Bundestag, Landtag und CSU-Landesvorstand. A bisserl was geht immer...

Es geht freilich längst nicht mehr um den virtuosen Umgang des Landesherrn mit Fettnäpfchen oder Einladungen. Es reicht auch nicht länger die zelebrierte Nachdenklichkeit und vor laufenden Kameras zur Schau gestellte angebliche Einsichtsfähigkeit des "Kronprätendenten" in seiner Prinzenrolle. Der ertappte Innenminister Stoiber ist kaum einsichtiger und moralischer als sein Ministerpräsident, er verhält sich nur aus reinem Selbsterhaltungstrieb etwas klüger.

Es geht um die Akzeptanz des demokratischen Systems

Genugtuung oder gar Schadenfreude, weil der von der Opposition seit langem erhobene Vorwurf der Verfilzung von Regierungspartei, Staat und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen so dramatisch bewiesen worden ist, will sich nicht breitmachen. Denn es geht nicht um die Empfänglichkeit einer überführten Hazienda-Fraktion oder einzelner Politiker. Es geht nicht um die eine oder andere Partei. Es geht um das Ganze, um die Akzeptanz des demokratischen Systems schlechthin, um die Sauberkeit im Freistaat als Verfassungsstaat. "Bayern ist ein Volksstaat. Träger der Staatsgewalt ist das Volk", heißt es in Artikel 2 der Bayerischen Verfassung. Das schließt wucherndes Polit-Sponsorings für Leute aus, die sich nach allzu langer Machtausübung ohnehin ein bißchen gleicher fühlen als ihre Staatsdiener und Hintersassen.

Der Verfall der politischen und öffentlichen Moral ist ganz oben gefährlich weit fortgeschritten. Wenn sich die Krise der gegenwärtigen Regierungspartei nicht zur immer weiteren Entfremdung zwischen Volk und Volksvertretern und in der Folge zur Krise unseres demokratischen Systems ausweiten soll, dann darf die dringende notwendige Erneuerung des Freistaats Bayern nicht von der Hoffnung auf Einsicht ertappter Amigos und anderer Urheber des Verfalls der öffentlichen, politischen Moral abhängig sein. Denn die grundlegende Erneuerung der politischen Sitten und Moral in Bayern ist zu wichtig, als daß sie dem Ausgang des innerparteilichen Machtkampfes zwischen sich bekämpfenden Clans der CSU überlassen bleiben kann.

Die Bayern SPD meint: Es wird Zeit, daß zwischen Wählern und Gewählten wieder Einigkeit darüber erreicht wird, was die Rechte und die Pflichten der Politiker sind, was zulässig und was unzulässig bei der Ausübung des Wählerauftrages ist. Das Präsidium der Bayern SPD wird deshalb der Öffentlichkeit in Kürze einen Verhaltenskodex für Politiker und Kriterien für die Beurteilung der Arbeit von Abgeordneten und Parteien zur ausführlichen Diskussion vorstellen. Ziel ist, das für eine funktionierende Demokratie unverzichtbare, heute leider abhanden gekommene Grundvertrauen des "demos" in seine Repräsentanten und in die Parteien als wichtige, wenngleich nicht alleinige Organisatoren der parlamentarischen Demokratie wiederzugewinnen. Ohne diese Grundvoraussetzung gerät unsere Demokratie immer weiter auf die schiefe Bahn.

Es geht längst nicht mehr um die mannigfachen Verfehlungen und offenkundigen Verstrickungen einer zu lange regierenden Partei, über die sich die Opposition freuen könnte, weil sie den notwendigen Wechsel immer näher bringen. Bei den "Amigo-Affären" geht es mittlerweile um den Freistaat Elsners, Hoegners und Goppels. Ihn müssen die Wähler Politiker anvertrauen können, mit denen Staat zu machen ist.

(-/17. Februar 1993/rs/fr)

Das Bananen-Problem mit einem Dreiecks-Geschäft lösen
Zu einem Dringlichkeitsantrag im Europäischen Parlament

Von Rolf Linkohr MdEP

Vizepräsident der Delegation des Europäischen Parlaments für Zentralamerika und Mexiko

Ein Vorschlag zur Lösung des Bananenkonflikts für Bananen und Kaffee: für die beiden Hauptexportprodukte Zentralamerikas könnte ein neuer Markt in Osteuropa und Rußland geschaffen werden. Im Gegenzug könnten osteuropäische und russische Techniker, Wissenschaftler beziehungsweise Firmen zusammen mit westeuropäischen Unternehmen, koordiniert von der EG, am Aufbau der Infrastruktur Zentralamerikas mitwirken. Eine Anschubfinanzierung sollte von der EG gegeben werden.

Das Dreiecksgeschäft soll allen drei Partnern nützen. Die EG könnte auf elegante Weise das Bananenproblem lösen. Mit einem Teil der nun auf Bananen erhobenen Zolleinnahmen sollten Projekte in Zentralamerika (Infrastruktur, Wasserversorgung, Energieversorgung durch neue geothermische Kraftwerke) angestoßen werden. Die EG garantiert die Grundfinanzierung und steuert technisches Know-how bei. Osteuropa beziehungsweise Rußland stellt ebenfalls sein technisches Wissen zur Verfügung. Vor allem verfügen all diese Länder neben niedrigen Löhnen auch über spanisch sprechende Fachleute, die in den 70er und 80er Jahren ausgebildet wurden, jetzt aber ohne Arbeit sind. Die Bananen und Kaffee exportierenden Länder Lateinamerikas könnten sich neue Absatzwege sichern, ihre Bauern würde davon abgehalten, anstatt tropischer Früchte Koka anzupflanzen und außerdem würden die letzten Tropenwälder geschont, wenn möglichst bald eine - Nutzung der dort reichlich vorhandenen Erdwärme - funktionierende Elektrizitäts- und Energieversorgung aufgebaut werden könnte.

Voraussetzung für das Gelingen dieses Dreiecksgeschäfts ist eine aktive Rolle der EG-Kommission. Auf der nächsten Sitzung des Europäischen Parlamentes werde ich einen Dringlichkeitsantrag einreichen, um die Kommission auf diesen Vorschlag festzulegen. Außerdem werde ich den am 22./23. März 1993 in San Salvador im Rahmen des sogenannten San Jose Prozesses tagenden Außenministern Zentralamerikas und der EG den Vorschlag für das Dreiecksgeschäft übermitteln.

Mit diesem Dreiecksgeschäft könnte nicht nur der - im Prinzip unlösbare - Bananenkonflikt gelöst werden. Es käme auch langsam - nach anfänglicher Unterstützung durch die EG - ein selbsttragender Wirtschaftsprozess in Gang.

Mittelamerika ist weltweit die geologisch günstigste Region, um Erdwärme zur Erzeugung von Elektrizität zu nutzen. Schon heute wird ein beachtlicher Teil der elektrischen Energie Nicaraguas und El Salvadors durch geothermische Kraftwerke - häufig italienischer Herkunft - bereitgestellt. Doch die Kapazitäten könnten ohne weiteres ausgeweitet werden. Da Geokraftwerke relativ kleine Anlagen sind, können sie dezentral genutzt werden. Sie könnten einen wichtigen Beitrag zur regionalen Entwicklung leisten. Voraussetzung ist allerdings, daß das Problem der Abfälle gelöst wird, was bislang an Kapitalmangel gescheitert ist. Insbesondere die Anlage von Momotombo (Nicaragua) muß modernisiert werden, um den See von Managua wieder zu reinigen. Die Technik dafür ist vorhanden.

Das Dreiecksgeschäft bedarf einer wissenschaftlichen Begleitung. Ich schlage die Errichtung eines zentralamerikanischen Forschungszentrums vor. Zu dieser Idee fand eine vorbereitende Wissenschaftskonferenz statt, die der damalige Präsident und Friedensnobelpreisträger Oscar Arias Sanchez gefördert hat. Leider hat die EG-Kommission damals die Idee nicht aufgegriffen.

Es wäre mehr als bedauerlich, wenn zwischen Zentralamerika und der EG gerade in dem Moment ein Dauerkonflikt entstünde, in dem der jahrzehntelange Guerillakrieg durch den langersehnten Frieden - dessen Zustandekommen die EG immer gefördert hat - abgelöst wird. Der Bananenkonflikt muß deshalb gelöst werden. Wollen wir nicht die bettelarmen Campesinos Nicaraguas gegen die nicht weniger armen Bauern Martiniques ausspielen, dann müssen neue Absatzmärkte gesucht werden. Osteuropa und Rußland bieten sich geradezu an.

(-17. Februar 1993/rs/fr)

Nicht Panik, Koordination ist angesagt
Zur Entscheidung der EG-Finanzminister, die Konvergenzprogramme bis 1996
auszuwerten

Von Christa Randzio-Plath MdEP

Vorsitzende des Unterausschusses Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments

Endlich hat mit dem jüngsten EG-Finanzministerrat die Koordinierung der EG-Konvergenzprogramme begonnen und wird im März und April 1993 fortgesetzt. Nur gleiche Maßstäbe können zur Vergleichbarkeit der Anstrengungen der EG-Mitgliedstaaten beitragen, die Mitglied der Wahrungunion werden wollen. Die EG-Initiative zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstum in Europa und die nationalen Konvergenzprogramme müssen aufeinander abgestimmt werden. Sonst sind kontraproduktive Effekte zu erwarten. Völlig unhaltbar sind Vermutungen, daß das Ziel der Europäischen Wirtschafts- und Wahrungunion damit gefährdet wird. Vielmehr trägt dieses Vorgehen den tatsächlichen Verhältnissen in den Mitgliedstaaten der EG Rechnung und ist eine mögliche Antwort auf den Jahreswirtschaftsbericht 1993.

Die von den Mitgliedstaaten vorgelegten Konvergenzdaten zeigen, daß nur Frankreich und Luxemburg sie erfüllen. Die schwierige konjunkturelle, zyklisch und strukturell bedingte Entwicklung bedingt, daß die EG mit zunehmend hoher Arbeitslosigkeit ohne höhere Haushaltsdefizite die Probleme nicht in den Griff bekommen kann. Der neue Europäische Investitionsfonds (EIF) gegen die Wachstumskrise braucht zusätzliche Anstrengungen auf der Ebene der Mitgliedstaaten, um die Industrie in der EG wieder wettbewerbsfähig zu machen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Wenn Konvergenzprogramme die Realitäten in den Mitgliedstaaten nicht einbeziehen, werden sie nicht durchsetzbar sein. Schließlich rechnet die EG-Prognose nur mit einem Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent aber mit Arbeitslosenzahlen in Höhe von 17 Millionen. Mindestens drei Prozent Wachstum sind aber erforderlich, um Arbeitslosigkeit zu stoppen. Eine gigantische Aufgabe liegt vor den EG-Mitgliedstaaten und den Sozialpartnern in der EG. Koordiniertes Vorgehen ist angezeigt, um Industrie, Dienstleistungen, Investitionen und Beschäftigung anzukurbeln. Erstmals scheint die EG an einem Strang zu ziehen, anders als bei früheren Wirtschaftskrisen. Die Prüfung der Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten im EP-Wahrungsausschu zeigt die ernsthaften Bemühungen der EG-Mitgliedstaaten, onomische Konvergenz herzustellen. Es ist schwierig, das Klassenziel niedrige Inflationsrate, drei Prozent Haushaltsdefizit, sechs Prozent Staatsverschuldung ohne Einschnitte in das soziale Netz zu erreichen. Von daher ist es gut, in der Konjunkturkrise den Mitgliedstaaten durch die Verlängerung mehr Handlungsspielraum zu verschaffen, um Beschäftigung anzukurbeln und Reformen durchzuführen. Der Unterausschuß Währung wird am 24. Februar 1993 mit dem EG-Kommissar Christophersen die Konvergenzfragen und den Zeitplan zur Vorbereitung der Europäischen Wirtschafts- und Wahrungunion prüfen. Das Ziel der Europäischen Wirtschafts- und Wahrungunion als Vollendung des EG-Binnenmarktes bleibt unbestritten.

(-/17. Februar 1993/rs/fr)

DOKUMENTATION

"Nichts schadet der Demokratie mehr als Schweigen"

Die Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth hat zum 50. Jahrestag der Verhaftung von Mitgliedern der studentischen Widerstandsorganisation "Weiße Rose" eine Erklärung erarbeitet, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Vor 50 Jahren, am 18. Februar 1943, wurden in München die Mitglieder des studentischen Freundes und Widerstandskreises "Weiße Rose" gegen die nationalsozialistische Diktatur verhaftet und vier Tage später hingerichtet.

Sophie und Hans Scholl, Alexander Schmorell, Willi Graf, Christoph Probst und Professor Kurt Huber hatten in den zurückliegenden Monaten in Flugblättern und Schriften ihren Widerstand gegen das menschenverachtende Regime bekundet. Ihr aus der Not des eigenen Gewissens geborener Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft, der für sie wegen des Verlusts persönlicher Freiheit und wegen der Mithaftung aller Deutschen an den begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit als sichtbares Zeichen der Opposition geboten war, ließ bloßes Wegschauen, tatenloses Zusehen wegen der Ungeheuerlichkeit der Verbrechen nicht mehr zu.

Sie schritten zur Tat. Sie mischten sich ein, weil sie nicht nur in Gedanken, sondern auch in der Tat ihre Gesinnung zeigen wollten, wie es Hans Scholl beim Verhör durch die Geheime Staatspolizei formulierte.

Vor einigen Tagen erinnerten wir uns der ebenfalls 50 Jahre zurückliegenden Kämpfe um Stalingrad, dieses Datum spielt auch für die Mitglieder des Widerstandskreises "Weiße Rose" eine zentrale Rolle bei ihrem politischen Handeln, in ihrem Aufruf aus dem Februar 1943 formulierten sie:

"Erschüttert steht unser Volk vor dem Untergang der Männer von Stalingrad. Dreihundertdreißigtausend deutsche Männer hat die geniale Strategie des Weltkriegsgefreiten sinn- und verantwortungslos in Tod und Verderben gehetzt!... Wollen wir den niedrigen Machtinstinkten einer Parteilique den Rest der deutschen Jugend opfern? Nimmermehr! Der Tag der Abrechnung ist gekommen, der Abrechnung unserer deutschen Jugend mit der verabscheuungswürdigsten Tyrannei, die unser Volk je erduldet hat. Im Namen der ganzen deutschen Jugend fordern wir von dem Staat Adolf Hitlers die persönliche Freiheit, das kostbarste Gut des Deutschen zurück, um das er uns in der erbärmlichsten Weise betrogen hat.."

Heute, fünfzig Jahre nach der Festnahme und Hinrichtung der Mitglieder des studentischen Widerstandskreises, bleibt das Vermächtnis dieser Studentinnen und Studenten: dem eigenen Gewissen zu folgen und Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit als unantastbare Prinzipien einer staatlichen Grundordnung zu verteidigen, wann immer diese - auch in einer Demokratie - gefährdet sind.

Daraus folgt: nicht wegschauen, sondern sich einmischen, Mut zeigen, Widerstehen und Widerstand leisten, wenn es unsere demokratischen Grundwerte erfordern. Dabei kommt es entscheidend darauf an, die Mutigen nicht allein zu lassen, sich ihnen anzuschließen, Solidarität zu praktizieren.

Nichts schadet der Demokratie mehr als Schweigen, politische Abstinenz und Rückzug ins Private.

(-/17. Februar 1993/rs/fr)
